Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JK/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. How Politics and Lies Triggered an Unintended War in Gaza
2. Weltmeister
3. Arbeitslos ohne Arbeitslosengeld: Die Nichtleistungsempfänger
4. Gescheiterte Austeritätspolitik: Deutsche Konjunktur im Rückwärtsgang, Europa stürzt noch tiefer in die Rezession
5. Die Saat geht auf
6. Neue Snowden-Dokumente: Britischer Geheimdienst manipuliert Debatten im Internet
7. In der Krise "sind die Wachstumsergebnisse schwach"
8. Freihandelsabkommen
9. Auch Unternehmen plagen sich mit Anlageproblemen
10. Zweitjobs immer beliebter
11. Fresenius-Chef erhöht Druck auf Kliniken
12. Fachkräfte finden keine Stelle
13. OECD: Mindestlohn hilft „Lumpenproletariat"
14. Kaufen ist günstiger als selbst entwickeln US-Geheimdienste kaufen „Mega-Cloud" bei Amazon
15. Bildungsgewerkschaft zu "Empfehlungen zu Karrierewegen und Personalstrukturen" des Wissenschaftsrates
16. Hochschulrankings – Rolle, Bedeutung und Alternativen
17. Missbrauchte Politik: Eine Studie zeigt, wie "Bild" und "Bams" 2013 Politik machten

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **How Politics and Lies Triggered an Unintended War in Gaza**
   Kidnap, Crackdown, Mutual Missteps and a Hail of Rockets
   In the flood of angry words that poured out of Israel and Gaza during a week of spiraling violence, few statements were more blunt, or more telling, than this throwaway line by the chief spokesman of the Israeli military, Brigadier General Moti Almoz, speaking July 8 on Army Radio's morning show: "We have been instructed by the political echelon to hit Hamas hard."

That’s unusual language for a military mouthpiece. Typically they spout lines like “We will take all necessary actions” or “The state of Israel will defend its citizens.” You don’t expect to hear: “This is the politicians’ idea. They’re making us do it.”
Quelle: The Jewish Daily FORWARD

Dazu: Diese Israel-Palästina-Geschichte gerade mit den der entführten Jugendlichen entwickelt sich sehr interessant.
Es stellt sich nämlich raus, dass die Israelische Regierung von Anfang an wusste, dass die Jugendlichen tot sind. Die Notrufzentrale hatte ein Telefonat mitgeschnitten, auf dem man hörte, wie sie erschossen wurden, und ihre DNA wurde im zerstörten Auto der Entführer gefunden. Trotzdem haben sie da ein Theater abgezogen und 18 Tage lang “gesucht”, um einen öffentlichen Vorwand für einen Krieg gegen Hamas zu haben.
Aber das ist noch nicht das Spannende. Das Spannende ist, dass sie die Armee in ihr Lügengebäude involviert haben, und die Armee hat jetzt sowas von gar keinen Bock mehr auf Netanjahu und seine sinnlosen Kriege, dass sie öffentlich keine Aussagen wie üblich bringen, so ala “Wir werden alle notwendigen Schritte gehen” oder “Der Staat Israel wird seine Bürger verteidigen” sondern sie haben das hier gesagt: […]
Quelle: Fefe

2. **Weltmeister**
   a. **Wir Weltmeister – Ball flach halten!**
   Endlich Weltmeister! Und keine Frage: Dieses Team und dieser Trainer haben es sich verdient. Spaß gemacht hat es auch, den einen auf dem Feld, den anderen auf der deutschlandweiten Fanmeile. Ein Rausch in Schwarz-Rot-Gold, von Flensburg bis Garmisch – und Respekt für dieses Team im Rest der Welt. Alles schön, und doch: Alles nur ein Spiel. Wenn da nicht dieses „Wir“ wäre. Wir Fußballfans, wir Steuerzahler, wir Deutsche. Wir Exportweltmeister und Sparweltmeister. Und endlich wieder: Wir Fußballweltmeister! Die wir uns so schön in Demut üben können, wenn es 7:1 steht. Aber ein wieder erstarktes Deutschland herbeisehnen, wenn es um neue Aufgaben in der Welt geht. Ja, auch der Bundespräsident spricht von „wir“, wenn es um Deutschlands neue – militärische – Aufgaben in der Welt geht. Und auch die Kanzlerin, wenn sie von Deutschlands Vorreiter-Rolle in Europa spricht. Wir Deutsche in einer Welt der Unordnung und Gefahren. Wir Deutsche als Garanten für weltweite Sicherheit und eisernen Sparwillen. Wir, die wir alles besser können, und Fußballspielen sowieso. Noch jubelt die Welt Jogi und seiner Truppe zu. Doch morgen schon herrscht wieder Unbehagen, wenn deutsche Lehrmeisterei der Welt zur

Genesung verhelfen will. Deshalb: Ball flach halten! Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft ist Weltmeister geworden. Das ist ein Grund zur Freude. Nicht weniger. Aber auch nicht mehr!
Georg Restle Monitor
Quelle: Monitor via Facebook

b. **Stephan Hebel – Und jetzt ein Unentschieden**
Die deutsche Mannschaft hat bei der Weltmeisterschaft ein paar Tugenden gezeigt, die Nachahmung verdienen. Nur am Siegeswillen sollte sich nicht ausgerechnet die Politik orientieren. […]
Bei Vergleichen zwischen Sport und Politik ist zwar Vorsicht geboten. Aber die Frage, welches Deutschland die Nationalmannschaft in Brasilien repräsentiert hat, darf man schon mal stellen. Es war ein starkes Land, allemal. Eines allerdings, das Stärke nicht einfach nur aus kraftstrotzender Überlegenheit bezieht. […]
Aber Joachim Löw und seine Mannschaft haben auch ein paar andere Eigenschaften gezeigt: Der Trainer änderte während des Turniers sein Spielkonzept – und hörte dabei, wie berichtet wird, auf seine Berater. Er legte also eine Stärke an den Tag, die gerade im Verzicht auf Rechthaberei und Sturheit liegt. Und die Mannschaft präsentierte sich nach dem 7:1 gegen Gastgeber Brasilien im Halbfinale mit erstaunlicher Sensibilität gegenüber den Unterlegenen. Nichts von Großtuerei, die die Demütigung noch gesteigert hätte. Waren diese positiven Züge ein Spiegelbild unseres Landes, seines Alltags wie seiner Politik? Nein, nicht ganz. Ein bisschen mehr Bewegung, ein bisschen weniger Überlegenheitswahn könnten wir auch jenseits des Fußballs gebrauchen.
Quelle: Frankfurter Rundschau

3. **Arbeitslos ohne Arbeitslosengeld: Die Nichtleistungsempfänger**
Mehr als jede vierte Person im Versicherungssystem der Arbeitslosenversicherung erhält kein Arbeitslosengeld: die so genannten Nichtleistungsempfängerinnen und -empfänger. Ein Grund dafür können zu kurze oder fehlende Zeiten von Erwerbstätigkeit vor der Arbeitslosigkeit sein. Der DGB schlägt vor, die Arbeitsförderung für diese Arbeitslosen zu verstärken – aus Steuermitteln kofinanziert.
Quelle: DGB

Anmerkung JK: *„Gerade mit Blick auf den Fachkräftemangel sei die Gruppe ohne Arbeitslosengeld wertvoll, und dennoch werde sie vernachlässigt, sagte Sabrina Klaus-Schelletter, die die Studie gemeinsam mit Wilhelm Adamy verfasst hat.“*
Man wundert sich nur, dass die Verfasser der Studie, die Arbeitgeberpropaganda des

„Fachkräftemangels“ hier einfach nachplappern. Wäre dies der Fall dürfte es diese hohe Zahl an Personen, die keine Leistungen beziehen aber arbeitslos gemeldet sind nicht geben. Zudem dabei knapp zwei Drittel der Betroffenen eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, wie die Verfasser selbst feststellen.
Da die über 50-jährige rund 40 Prozent aller Nichtleistungsempfänger aus machen, wird hier eine Problematik sichtbar, die in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird, die versteckte Diskriminierung älterer Arbeitssuchender. Explizit jener mit einem akademischen Abschluss. Nach der Studie ist besonders die Anzahl der langzeitarbeitslosen Männer mit einem akademischen Abschluss überdurchschnittlich hoch. So ist es ein offenes Geheimnis, dass gerade in den großen exportorientierten Unternehmen die magische Einstellungsgrenze bei 45 Jahren oder gar darunter liegt. Dazu kann man aktuell auf jeder ausgeschriebenen Ingenieursstelle mit 100 bis 150 Bewerber rechnen. Bei den großen Namen der deutschen Industrie wie etwa Audi, Bosch, Siemens, etc. darf man durchaus den Faktor fünf ansetzen. So sieht es aktuell aus im Jobwunderland Deutschland.

4. **Gescheiterte Austeritätspolitik: Deutsche Konjunktur im Rückwärtsgang, Europa stürzt noch tiefer in die Rezession**
   Man sollte die Leute ja immer an ihren eigenen Worten messen. Im September 2013 schrieb der Bundesfinanzminister höchstpersönlich in der Financial Times: „The world should rejoice at the positive economic signals the eurozone is sending almost continuously these days. While the crisis continues to reverberate, the eurozone is clearly on the mend both structurally and cyclically.” (Die Welt sollte sich an den positiven ökonomischen Meldungen erfreuen, die in diesen Tagen nun fast fortlaufend aus der Eurozone kommen. Während die Krise noch immer nachhallt, ist die Eurozone strukturell und konjunkturell auf dem Weg der Besserung.)
   Und am Ende des gleichen Artikels sagt er: “What is happening turns out to be pretty much what the proponents of Europe’s cool-headed crisis management predicted. The fiscal and structural repair work is paying off, laying the foundations for sustainable growth. … Despite what the critics of the European crisis management would have us believe, we live in the real world, not in a parallel universe where well-established economic principles no longer apply. … however bad the times, we should fight the human tendency to extrapolate the present forever into the future. Systems adapt, downturns bottom out, trends turn. In other words, what is broken can be repaired. Europe today is the proof.” (Was jetzt passiert, stellt sich als fast genau das heraus, was die Befürworter des europäischen Krisenmanagements mit kühlem Kopf vorhergesagt haben. Die fiskalische und strukturelle Reparaturarbeit zahlt sich aus und legt die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum. … Im Gegensatz zu dem,

was uns die Kritiker des europäischen Krisenmanagements glauben machen wollen, leben wir in der realen Welt und nicht in einem Paralleluniversum, wo fest-etablierte ökonomische Prinzipien nicht mehr gelten. … Wie schlecht die Zeiten auch immer sind, wir müssen die menschliche Tendenz bekämpfen, die Gegenwart für immer in die Zukunft zu extrapolieren. Systeme passen sich an, Abschwünge finden einen Boden, Trends verändern sich. Mit anderen Worten, was zerbrochen ist, kann repariert werden. Europa heute ist der Beweis dafür.)
Quelle: Flassbeck Economics

5. **Die Saat geht auf**
   Die vom Westen protegierte Regierung der Ukraine verschärft ihre Kriegführung im Osten des Landes. Angriffe auf Wohngebiete dauern an; zunehmende Attacken auf die wirtschaftliche Infrastruktur lassen befürchten, dass auch die Großstädte Donezk und Luhansk wie zuvor Slowjansk gleichsam ausgetrocknet werden sollen: In Slawjansk war es nach der Zerstörung der Wasser- und Stromversorgung sogar in Krankenhäusern zu Totalausfällen gekommen, Beobachter sprachen von einer humanitären Katastrophe. In Streitkräften und irregulären Milizen etablieren sich faschistische Kräfte, die Berlin hoffähig gemacht hat – im Falle der Partei Swoboda durch Kooperation und gemeinsames Auftreten des Parteichefs mit dem deutschen Außenminister, im Falle des berüchtigten Prawy Sektor (“Rechter Sektor”) durch die billigende Inkaufnahme von dessen Erstarken auf dem Maidan. Zu den Ergebnissen der von Berlin unterstützten Entwicklung gehört, dass kürzlich die zentrale Kiewer Demonstration für die Rechte von Homosexuellen verboten worden ist – von einem Zögling der Berliner Außenpolitik, dem in Deutschland hochpopulären Kiewer Oberbürgermeister Witali Klitschko.
   Quelle: German Foreign Policy
6. **Neue Snowden-Dokumente: Britischer Geheimdienst manipuliert Debatten im Internet**
   Online-Umfragen beeinflussen, Leserzahlen fälschen: Der britische Geheimdienst GCHQ versucht, auf die öffentliche Meinungsbildung im Internet Einfluss zu nehmen. Neue Enthüllungen auf Basis von Snowden-Dokumenten: Glenn Greenwald berichtet, wie der britische Geheimdienst Online-Debatten manipulieren kann.
   Ziel sind Umfragen, Besucherzahlen auf Internet-Plattformen und Videos.
   Der britische Geheimdienst GCHQ verfügt einem Medienbericht zufolge über die technische Möglichkeiten, Inhalte im Internet verfälschen zu können. Der Dienst könne unter anderem Online-Umfragen und Besucherzahlen von Internetseiten manipulieren sowie als extremistisch bewertete Videos zensieren, berichtet der US-amerikanische Enthüllungsjournalist Glenn Greenwald auf der Online-Plattform The Intercept unter Berufung auf neue Dokumente des Whistleblowers Edward Snowden.

Quelle: Süddeutsche Zeitung

7. **In der Krise "sind die Wachstumsergebnisse schwach"**
   Die Austeritätspolitik ist ökonomisch gescheitert, meint Wirtschaftshistoriker Florian Schui und erläutert das Warum in seinem im Oktober erscheinenden Buch "Austerität. Politik der Sparsamkeit: Die kurze Geschichte eines großen Fehlers". Seine Überzeugung: Ein enthaltsamer Staat mag zwar die Moral auf seiner Seite haben, nicht aber die wirtschaftliche Vernunft.
   In der Krise "sind die Wachstumsergebnisse schwach" – trotz aller Sparsamkeit. "Um aus einer Schuldensituation herauszukommen, braucht man ein starkes Wachstum", sagte Schui im Deutschlandfunk-Interview. Langfristig müsste man dieses durch Umverteilung erreichen, nicht durch sparen. Das Wirtschaftsdenken der Deutschen sei noch "gefangen in der Nachkriegsidentität" – allerdings dürfe man den Staatshaushalt nicht mit dem Privathaushalt vergleichen.
   Quelle: Deutschlandfunk

   Anmerkung JK: *Eine der wenigen Stimmen der ökonomischen Vernunft, leider. Und es drängt sich wieder die Frage auf, weshalb ist eine derartig dumme, weil völlig wirkungslose und für die betroffenen Gesellschaften überaus gefährliche und zerstörerische Ideologie dennoch so wirkmächtig?*

8. **Freihandelsabkommen**
   a. **Das geplante TiSA-Abkommen und die Folgen**
      TiSA lautet die Abkürzung für das internationale Handelsabkommen, das parallel zum viel bekannteren TTIP ausgearbeitet wird. TiSA steht für "Trade in Services Agreement". Heißt: Mehr Wettbewerb im Dienstleistungssektor. Kritiker befürchten jedoch, dass der Dienstleistungsgedanke künftig dem Profit weichen muss.
      Der Müllwagen fährt schon an, während die Müllmänner noch schnell die Tonnen zurückschieben. Die Autofahrer, die in der engen Straße hinter dem großen Wagen der Berliner Stadtreinigung warten mussten, fahren ungeduldig an. Eine Szene wie bestellt, denn mit genau dieser Art der Dienstleistung beschäftigt sich Tanja Buzek. Vielmehr mit deren Zukunft. Sie arbeitet im EU-Verbindungsbüro der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und beobachtet mit einiger Sorge, worüber die EU für ihre 28 Mitgliedsstaaten seit einiger Zeit unter anderem mit den USA, Australien, Kanada, der Schweiz, der Türkei und noch einigen anderen Ländern in Asien und Lateinamerika verhandelt.
      TiSA lautet die Abkürzung für das internationale Handelsabkommen, das parallel zum viel bekannteren TTIP ausgearbeitet wird. TiSA steht für "Trade in Services

Agreement".
Quelle: Deutschlandfunk

b. **Geheim verhandelte Abkommen TTIP und TiSA**
Der Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen (bvöd) ist ein Zusammenschluss von kommunalen und regionalen öffentlichen Unternehmen, Kommunalverbänden, Fach- und Wirtschaftsverbänden der öffentlichen Wirtschaft, von öffentlichen Arbeitgeberverbänden und der öffentlichen Verwaltung. Er warnt mit einer sachkundigen Stellungnahme vor den TTIP-Risiken:
„So stellen uneingeschränkte Marktzugangsverpflichtungen im TTIP den demokratisch legitimierten nationalen und europäischen Rechtsrahmen in Frage, da die Organisationshoheit der Gebietskörperschaften und die Vielfalt der Erbringungsformen als Ausdruck des kommunalen Selbstverwaltungsrechts gefährdet würde, wie folgende Sektorbetrachtungen zeigen.
Die kommunale Wasserversorgung
In diesem Sektor würde bei einer Liberalisierung und/oder Privatisierung die Aufgabenübertragung nur unter wettbewerblichen Voraussetzungen möglich sein. Wasser ist als natürliches Monopol anerkannt und die Orientierung an Gemeinwohlinteressen und Nachhaltigkeit wird über die Anbindung an die kommunale Ebene ermöglicht. Ein Wettbewerb und eine generelle Marktöffnung werden deshalb in Deutschland nach einer langen und ausführlichen Debatte mehrheitlich„abgelehnt. Dies zeigen nicht zuletzt die erfolgreiche Kampagne „right2water" und verschiedene Rekommunalisierungen in der Wasserwirtschaft, also die Rückkäufe privater Anteile von Dienstleistern in der Branche. Die Rekommunalisierung könnte aber durch TTIP erschwert und die kommunale Entscheidungsfreiheit, die Wasserversorgung wieder in die eigene Hand zu nehmen, erheblich eingeschränkt werden. Die Wasserversorgung als eine wichtige Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung hat sich in Deutschland bewährt.
Quelle: verdi

c. **Initiative will komplette Einstellung der TTIP-Verhandlungen**
Die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP zwischen Europa und den USA seien intransparent, kritisieren Umwelt- und Verbraucherverbände. Daran ändere auch das eingesetzte Beratergremium nichts, in dem Interessensvertreter zivilgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Organisationen sitzen. Wegen der undurchsichtigen Verhandlungen will eine Bürgerinitiative nun Radikales fordern.
Dem TTIP fehlt zunehmend die gesellschaftliche Akzeptanz, berichtet DLF-

Korrespondent Sören Brinkmann. Zwar beziehe die EU-Kommission nun in einem Beratergremium Umwelt- und Verbraucherverbände in die Verhandlungen mit ein, jedoch ändere dies nichts an der Tatsache, dass die Öffentlichkeit nur über bereits ausgehandelte Details des geplanten Abkommens informiert werde.
Das Freihandelsabkommen bleibe intransparent. Dabei sei das Interesse der Menschen am TTIP sehr groß. Das habe jüngst eine Debatte im Internet über den Investitionsschutz gezeigt, an der sich über 100.000 Menschen beteiligt hätten.
In dieser Woche will sich nun eine Bürgerinitiative gründen, die Radikales fordern will: Und zwar die komplette Einstellung der Verhandlungen.
Quelle: Deutschlanfnk

d. **Was ein Landesvergabegesetz mit dem geplanten EU-US-Freihandelsabkommen zu tun hat**
Seit dem 1. Januar 2014 hat Niedersachsen ein neues Vergabegesetz. Der DGB und die Gewerkschaften waren in die Vorbereitung umfassend eingebunden. Wenngleich man (wie so oft) Details kritisieren kann, so ist das Ergebnis insgesamt doch zufriedenstellend. Auch in Niedersachsen wird fortan bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ein Mindestlohn vorgeschrieben, bei Vergaben im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wird nun Tarifbindung auferlegt – und auch allgemeinverbindliche Tarifverträge werden vorgegeben und kontrolliert. Damit ist Niedersachsen mit einer ganzen Reihe von Bundesländern gleichgezogen, die in den letzten Jahren ebenfalls ihre Vergabegesetze novelliert haben. Heute fehlt ein solches Vergabegesetz nur noch in Hessen, Bayern und Sachsen. Die 13 anderen Bundesländer haben ein – im Detail mehr oder weniger umfassendes – Vergabegesetz mit sozialen und ökologischen Kriterien beschlossen. Die Vorgabe von sozialen und ökologischen Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge stellt einen wichtigen Beitrag für Gute Arbeit und für eine qualitativ hochwertige öffentliche Beschaffung dar.
Eine erfreuliche Entwicklung also. Und doch ist es wichtig, sich vor Augen zu führen, welche Grenzen all diese Vergabegesetze haben: Sie stützen fernab von allgemeinverbindlichen (Mindestlohn-) Tarifverträgen und fernab des ÖPNV keineswegs das Tarifsystem als ganzes. Echte Tarifbindung, also die Geltung ausnahmslos aller für ein Unternehmen einschlägigen Tarifverträge, lässt sich heute aus europarechtlichen Gründen nicht (mehr) vorschreiben. Dies ist ein großes Manko, das eine genauere Betrachtung verdient.
Quelle: annotazioni

9. **Auch Unternehmen plagen sich mit Anlageproblemen**
Auch Finanzabteilungen müssen in der Niedrigzinsphase heftig kämpfen, um eine Entwertung des flüssigen Konzernvermögen zu verhindern. Doch ihr Problem wiegt

deutlich schwerer – ein Teil des Vermögens ist nur geliehen.
Sehr viele CFOs stecken seit einiger Zeit in einer Luxussituation: Nicht die Finanzierung der Unternehmen bereitet ihnen Sorgen, sondern die Anlage des stetig wachsenden Geldvermögens. Die börsennotierten Unternehmen in Deutschland sind in einer historisch fast einmaligen Situation: Ihre Nettofinanzverschuldung, bei der von den Finanzschulden die liquiden Mittel abgezogen wird, liegt bei Null. Viele börsennotierte Konzerne, aber auch viele Familienunternehmen, weisen einen deutlichen Überhang frei verfügbarer Gelder aus.
So steht das Fachressort Treasury, das sich innerhalb der Finanzabteilungen mit dem täglichen Finanzmanagement beschäftigt, in der aktuellen Niedrigzinsphase vor ähnlichen Schwierigkeiten wie Privatleute. Es muss, wenn reale Verluste vermieden werden sollen, zumindest einen Inflationsausgleich erwirtschaften.
Quelle: FAZ

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *In unschuldiger Offenheit bestätigt die FAZ die Aussagen von Flassbeck: dass die Großunternehmen heutzutage nicht Nettoschuldner sind (wie es richtig wäre), sondern Nettogläubiger. Die Situation ist völlig absurd und das Resultat einer gescheiterten Politik. Seit Kohl und Schröder wurde behauptet, dass Unternehmen höhere (Real-)Investitionen leisteten, wenn man ihnen nur einen größeren Teil des Volkseinkommens überließe. Empirisch wird hier das Gegenteil berichtet: an (Real-)Investitionen wird nicht im Traum gedacht; die Unternehmen verhalten sich wie Zockerbanken. Weil sie zu viel Geld haben und nicht einmal Anlagemöglichkeiten sehen, die höher als eine mickrige Festgeldverzinsung von 1% rentieren.*

10. **Zweitjobs immer beliebter**
Eine steigende Zahl von Arbeitnehmern in Deutschland geht neben ihrem Hauptberuf einem Minijob nach. In den drei Jahren von Ende 2010 bis Ende 2013 hat sie sich um mehr als 210.000 oder fast 10 Prozent auf 2,68 Millionen erhöht. Das zeigen neue Daten der Bundesagentur für Arbeit, die der F.A.Z. vorliegen. Die Zahl der Erwerbstätigen, die ausschließlich einen Minijob haben, ist dagegen seit 2010 um fast 2 Prozent auf 4,83 Millionen geschrumpft.
Nach einer beliebten Lesart belegt diese Entwicklung, dass Arbeit in Deutschland immer schlechter bezahlt sei. Immer mehr Arbeitnehmer seien auf eine Nebentätigkeit angewiesen, weil der Lohn aus ihrem Hauptberuf nicht mehr zum Leben ausreiche – so schallte es dazu in den vergangenen Jahren regelmäßig aus Gewerkschaften, Grünen und Linkspartei.
Ein genauerer Blick auf die Daten der Arbeitsagentur zeigt indes, dass mit dieser

Lesart etwas nicht stimmen kann – schon gar nicht, wenn man gleichzeitig die Ansicht vertritt, dass immer mehr junge Berufseinsteiger in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt würden: Interessanterweise sind es in allererster Linie die älteren Arbeitnehmer, die sich in wachsender Zahl für einen Minijob neben ihren Hauptberuf interessieren.
Quelle: FAZ

Aus einem Kommentare auf der Seite der FAZ: „Klar, ältere Menschen bekommen immer weniger Geld und müssen ihre Rente aufbessern, werden viele jetzt mosern. Stimmt nicht ganz. Die machen das aus Spaß. Denn es sind ja Renter, die müssen also nicht mehr arbeiten.
Niedriglohnjobs immer beliebter
Klar, die Arbeitsangebote werden weniger und für Singles/Alleinerziehende ist der Verdienst ja immer noch mehr als Hartz-IV, werden etliche behaupten. Alles falsch. Die Wirtschaft brummt, Fachkräft werden überall gesucht. Schon für 2 Euro die Stunde!
Sterben immer beliebter
Klar, die Lebenserwartung sinkt wieder, vor allem bei Geringverdienern und das hängt zusammen, werden einige behaupten. Stimmt aber nicht. Die wollen nur aufhören, wenn es am schönsten ist. Und das ist ja das Alter, wie hier bewiesen wurde.
Medien immer unbeliebter
Klar, die schreiben nur aus dem Elfenbeinturm und versuchen, die politisch gewollte Massenverarmung argumentativ zu untermauern, werden viele sagen. Stimmt.“

Anmerkung JK: *Hier stimmt der Spruch der FAZ, dass dahinter immer ein kluger Kopf steckt. Die Leser der FAZ sind offenbar weniger ideologisch vernagelt als deren (Wirtschafts)redakteure.*

11. **Fresenius-Chef erhöht Druck auf Kliniken**
Schmerzhafte Veränderungen und ein Gewinn von 15 Prozent: Der Fresenius-Chef erhöht den Druck auf seine Helios-Kliniken.
Der Vorstandsvorsitzende des börsennotierten Gesundheitskonzerns Fresenius, Ulf Schneider, verlangt von seinen Krankenhäusern, 15 Prozent Gewinn zu machen. “Wir haben dutzendfach gezeigt, dass man ein Krankenhaus in diese Gewinnregion bringen kann”, sagte Schneider dem “Spiegel”.
Die zu Fresenius gehörende Klinikkette Helios hat Anfang des Jahres mehr als 40 Krankenhäuser des Rhön-Konzerns übernommen und ist nun mit 110 Häusern der größte Klinikbetreiber in Deutschland.
Schneider räumt ein, “dass die ersten Jahre nach einer Übernahme oft schmerzhaft

sind, weil die notwendigen Veränderungen auch dazu führen, dass sich einzelne Mitarbeiter schlechterstellen".
Schneider reagierte auch auf die Kritik seines Konzernbetriebsratsvorsitzenden, der dem Management eine "Gutsherrenmentalität" attestierte, das zu einem "System der Angst und des Kuschens" in den Krankenhäusern geführt habe.
Schneider sagte: "Ja, wir fordern unsere Mitarbeiter, aber wir schauen auch, dass die Arbeit zu bewältigen ist." Es sei nicht im Interesse der Konzernleitung, "den Bogen zu überspannen". "Wir achten einerseits auf Effizienz, behalten andererseits aber auch genau im Auge, was leistbar ist und was nicht. Bei uns wird niemand überfordert", so Schneider.
Quelle: Ärzte Zeitung

12. **Fachkräfte finden keine Stelle**
Die Wirtschaft beklagt immer lauter den Fachkräftemangel. Stellen seien immer schwerer zu besetzen. Andererseits schreiben gut ausgebildete Fachkräfte Hunderte von Bewerbungen – und das erfolglos. Wer profitiert vom Aufschwung?
Bernd Niederdrenk – dieser Name wurde von der Redaktion nicht geändert – liest täglich die Zeitung. Er durchkämmt die Anzeigenteile und die redaktionellen Teile nach potentiellen Arbeitgebern. Niederdrenk ist Fachkraft und sucht eine Stelle – seit Ende des Jahres 2012. Dabei entspricht Niederdrenk genau dem, was alle suchen, nämlich einer gut ausgebildeten Fachkraft. […]
Aber es ist so. Niederdrenk hat in fast eineinhalb Jahren mehr als 130 Bewerbungen geschrieben – und keine Stelle bekommen. Bewerbe er sich für den Außendienst, komme die Bewerbung zurück mit dem Hinweis, er sei überqualifiziert. Bewerbe er sich auf eine Führungsaufgabe, werde die Absage mit dem Hinweis begründet, er habe zu wenig Erfahrung. Niederdrenk glaubt fast nichts mehr. Er ist überzeugt, dass eine einzige Tatsache seiner Einstellung im Wege steht: sein Alter. Er ist 53 Jahre alt. „Die Bewerbungen werden in der Personalabteilung von einem Angestellten oder Auszubildenden nach ganz formalen Kriterien vorsortiert. Da fliegt jeder raus, der älter als 50 Jahre ist", glaubt Niederdrenk: „Ich könnte einen Nobelpreis haben, das würden die gar nicht registrieren, weil sie die Bewerbung so weit gar nicht lesen", stellt er resigniert fest. Über die vielen Artikel über Fachkräftemangel kann er nicht einmal mehr lachen. Sie machen ihn angesichts seines Schicksals einfach nur wütend. […]
Quelle: FAZ

Anmerkung JK: *Und da wird weiterhin von einer Rente mit 70 schwadroniert.*

13. **OECD: Mindestlohn hilft „Lumpenproletariat"**

Die mächtige Industrieländer-Organisation OECD warnt vor einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich. Und lobt den Mindestlohn in Deutschland. Der beseitige Zustände, die für ein Land wie die Bundesrepublik unwürdig seien.
Die Industriestaaten-Organisation OECD warnt vor einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich. Nach den Worten von OECD-Generalsekretär Jose Angel Gurria hat sich das Problem seit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise massiv verschärft. „In den ersten drei Krisenjahren nahm die Ungleichheit stärker zu als in den zwölf Jahren zuvor", sagte er der „Wirtschaftswoche".
„Im Durchschnitt der OECD-Länder verdienen die obersten zehn Prozent der Bevölkerung heute 9,5 Mal so viel wie die untersten zehn Prozent. Die Ungleichheit ist um 35 Prozent gewachsen", so der ehemalige mexikanische Finanzminister.
Quelle: FAZ

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *So so. Die OECD sieht also ein "Lumpenproletariat", das unsere Regierung trotz genauesten Hinschauens nicht entdecken kann. Allerdings hat auch die OECD seit Jahrzehnten die Lohnkürzungen, die "Liberalisierungen", den Sozialabbau und den Niedriglohnsektor gefordert, der einen Mindestlohn als allerunterste Grenze überhaupt notwendig macht.*

Dazu: Global growth to slow as wage inequality rises over coming decades

14. **Kaufen ist günstiger als selbst entwickeln US-Geheimdienste kaufen „Mega-Cloud" bei Amazon**
Alle kaufen bei Amazon – sogar die US-Geheimdienste. Um schneller Informationen untereinander austauschen zu können hat ein Zusammenschluss aus 17 US-Nachrichtendiensten sich von Amazon einen Cloud-Service entwickeln lassen. Kosten: 600 Millionen Dollar.
Die „Cloud" erfreut sich immer größerer Beliebtheit: Dokumente, Bilder oder Videos sind für alle zugelassenen Benutzer überall und jederzeit verfügbar. So funktioniert Informationsaustausch schnell, einfach und übersichtlich. Von dieser Technik wollen auch die US-Geheimdienste profitieren. Doch statt einen passenden Cloud-Service von den eigenen IT-Spezialisten entwickeln zu lassen, kauft die „United States Intelligence Community" (IC), ein Zusammenschluss aus 17 amerikanischen Nachrichtendiensten, die passende Technik bei Amazon. Das berichtet das amerikanische Onlineportal „Defense One".
Quelle: Focus
15. **Bildungsgewerkschaft zu "Empfehlungen zu Karrierewegen und Personalstrukturen" des Wissenschaftsrates**
"Bund und Länder müssen jetzt schnellstmöglich einen 'Pakt für gute Arbeit in der

Wissenschaft' auf den Weg bringen", mahnte Marlis Tepe, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), mit Blick auf die heute vom Wissenschaftsrat (WR) vorgestellten "Empfehlungen zu Karrierewegen und Personalstrukturen im Wissenschaftssystem" an. "Die GEW hat bereits im Frühjahr 2013 ein Förderprogramm zur Stabilisierung der Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen gefordert. Es ist gut, dass der Wissenschaftsrat diesen Vorschlag in seinen Empfehlungen aufgreift. Jetzt ist die Politik am Zug."
"Mit einem 'Pakt für gute Arbeit in der Wissenschaft' sollen gezielt Anreize gesetzt werden, damit qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine dauerhafte Perspektive in Hochschule und Forschung erhalten", sagte Tepe. Heute hätten neun von zehn angestellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern lediglich einen Zeitvertrag, meist mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr. "Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen unterstützt werden, wenn sie den Anteil unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse erhöhen. Ebenso wenn sie jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über Tenure-Track-Stellen berechenbare Perspektiven in der Wissenschaft bieten", betonte die GEW-Vorsitzende.
Quelle: GEW

Siehe dazu: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu Tenure Track-Professuren und Dauerstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs
Quelle: Wissenschaftsrat [PDF – 1.3 MB]

16. **Hochschulrankings – Rolle, Bedeutung und Alternativen**
Rankings sind aus der hochschulpolitischen Debatte nicht mehr wegzudenken. Sie sind zu einem wichtigen Instrument der Steuerung und Differenzierung der Hochschulen gemacht worden. Die Hochschulen werden in eine Rangordnung gebracht, so in Konkurrenz zueinander gesetzt und nicht mehr als gleichwertig, sondern als besser und schlechter bewertet. Dies ist ein Bruch mit der bundesdeutschen Tradition, in der Universitäten grundsätzlich gleichwertig waren. Rankings waren daher immer umstritten: Einerseits gab es eine grundsätzliche Ablehnung dieses Instruments, andererseits gab es immer wieder auch methodische Kritik an einzelnen Rankings. Mit einem Vortrag13 bei einer Tagung des Wissenschaftsrates hat sich der Präsident der Universität Hamburg, Dieter Lenzen, 2012 in die Reihe der Rankingkritiker eingefügt. Und das, obwohl er 2008 von CHE und Financial Times Deutschland zum Hochschulmanager des Jahres gekürt wurde14 und damit den meisten Ideen des CHE zumindest damals sicher nicht ablehnend gegenüberstand.
Nachdem er auf historische (und zum Teil überholte) Gründe für Rankings eingeht,

stellt Lenzen fest:
„Das gilt natürlich auch für Internationale Rankings, bei denen diffus angenommen wird, dass beispielsweise im Falle des Shanghai-Rankings der Aufenthalt eines längst verblichenen Nobelpreisträgers von 1910 eine Art Genius Loci hervorgerufen hat, der die Studienbedingungen nachhaltig prägt und deshalb hohe Studiengebühren rechtfertigt.
In Wirklichkeit gilt für all diese Leistungsvergleiche aus privatwirtschaftlichen, zumindest in den USA, Händen: Es ist ein großes Geschäft. Das ist nicht zu beanstanden, hat aber Folgen für die Qualität, etwa wenn ein Großteil der erhobenen Daten überhaupt nicht veröffentlicht wird und so eine hohe Informationsselektivität existiert. Insoweit die Kunden solcher Rankings als Erwachsene für ihre Entscheidungen selbst verantwortlich sind, muss man das nicht kritisieren; umgekehrt muss aber ebenso klar sein, dass die öffentliche Hand sich auf keinen Fall an Daten orientieren kann, die nicht selbst durch öffentliche Einrichtungen beurkundet sind.“
Quelle: studis-online

Anmerkung JK: *Die Kritik von Lenzen ist erstaunlich. Gilt doch Lenzen als einer der Protagonisten und Propagandisten der neoliberalen, sich als profitorientiertes Unternehmen gierenden „Elitehochschule“.*

17. **Missbrauchte Politik: Eine Studie zeigt, wie “Bild” und “Bams” 2013 Politik machten**
Zwei Mal schon haben Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz die Arbeitsweise der “Bild”-Zeitung unter die Lupe genommen: 2010 im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Griechenlandkrise, zwei Jahre später beim Umgang mit der “Wulff-Affäre”. Beide Studien schon mit einigen Befunden dazu, dass man im Hause Springer etwas andere Ziele verfolgt als in den üblichen Medienhäusern.
In der neuen Studie kommen die beiden Autoren noch zu einem erstaunlicheren Fazit: Das, was Springer mit “Journalismus” anstellt, könnte schon das Modell für eine völlig neue Medienwelt – und -wahrnehmung sein: Publizismus als journalistisch aufbereitete Unterhaltung mit höchstmöglichen Aufmerksamkeits- und Vermarkungswert.
Und das macht es gefährlich. Erst recht, wenn man weiß, dass das, was man im Hause Springer anstellt, nicht im eigenen Kosmos bleibt. Denn es wird zitiert, andere Medien greifen die Kampagnen, Wertungen und Wichtungen auf. Und Politiker dienen sich dem Zirkus an, weil sie glauben – wie weiland Gerhard Schröder – man könne keine Politik gegen “Bild” machen. Am Ende durfte er dann erleben, wie “Bild” Politik gegen Schröder machte, auch wenn der Beschuss von allen Seiten zu kommen schien. Was auch daran liegt, dass sich das Gebaren anderer deutscher Leitmedien dem der “Bild”-

Zeitung immer mehr angenähert hat. Allen voran das Fernsehen – die öffentlich-rechtlichen Sender nicht ausgenommen, bis hin zu wichtigen Meinungsmachern wie dem “Spiegel”, “Focus” und “Stern”.
Das wieder verleiht den Medien des Springer-Konzerns erst richtig Wucht und Macht. Die messbare Meinungsmacht des Springer-Konzerns im Konzert der anderen Großmedien, die die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) regelmäßig ermittelt, wächst, auch wenn die Auflagen der Springer-Blätter seit Jahren sinken. Springer-Journalisten sitzen in Talkshows, werden neuerdings auch mit großen deutschen Journalistenpreisen behängt. Aber durchschlagender sind noch die Kampagnen, die im Hause Springer gestartet werden. Und sie wirken nicht nur beim eigenen Lesepublikum, sondern auch bei Redakteuren bei eigentlich ernstzunehmenden Blättern und Funkstationen.
Quelle: Leipziger Internet Zeitung

Hier die Studie zum downloaden: Missbrauchte Politik – “Bild” und “BamS” im Bundestagswahlkampf 2013